

Aufbruch für die NRW SPD

Eckpunkte für eine strategische Neuaufstellung.

Der Verlust der Gestaltungsmacht ist für die NRW SPD eine historische Zäsur. Wir wollen uns auf drei Aspekte konzentrieren, die wir für die wesentlichen halten. Sie sind entscheidend für eine strukturelle Mehrheitsfähigkeit der NRW SPD.

- **Der Gestaltungs- und Zukunftsanspruch der NRW SPD ist gefährdet.** Die Kernfrage, was ihr Zukunftskonzept für das Land ist, wird von den Bürgerinnen und Bürgern als unbeantwortet wahrgenommen. Parallel zu verlorenen Kompetenz-zuweisungen wird so Vertrauen in die (sozialdemokratische) Gestaltbarkeit der Dinge unterhöhlt. Wo reine Sachzwanglogik den politischen Gestaltungsanspruch verdrängt, verliert die Sozialdemokratie das identitätsstiftende Thema der Sozialen Gerechtigkeit und damit ihr Profil. Die Menschen nehmen sie vor allem nicht als die politische Kraft wahr, die den weit verbreiteten Zukunftsängsten wie drohendem Arbeitsplatzverlust, Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg entgegenwirkt.
- **Die NRW SPD hat ihre Bindungskraft in soziale Milieus verloren.** Sie hat bis zuletzt die gelockerten Bindungen zu den für eine fortschrittliche Arbeitnehmerpartei wichtigen gesellschaftlichen Milieus weitgehend ignoriert. Dies sind sowohl die klassischen Arbeitnehmersmilieus als auch die fortschrittlichen Milieus der sozialen Mitte. Die mangelnde Mobilisierungsfähigkeit ist nicht allein Produkt aktueller politischer Auseinandersetzungen sondern einer tiefgreifenden Erosion, die nur mit dem Bedeutungsverlust der konfessionellen Bindungen an die CDU in den 60er Jahren vergleichbar ist.
- **Die NRW SPD war im wesentlichen Partei der Regierung, nicht Regierungspartei.** Die neue Oppositionssituation lässt deutlich hervortreten, dass die über 39 Jahre geübten Politikmuster überholt sind. Partei und Fraktion als Orte der Entwicklung, des Diskurses und der Kommunikation von Politik finden unzureichend statt. An ihre Stelle waren Regierung und Berater getreten. Die politische Handlungsfähigkeit ist dadurch auch strukturell verkümmert – dies gilt für die Landespolitik wie für das bundes-politische Eingriffen der größten Landes-SPD. Der Zusammenschluss der vier vormaligen Bezirke zur NRW SPD hat hieran entgegen der ambitionierten Pläne bisher noch nichts verändert.

Die drei genannten Punkte schließen bundespolitisch getragene Trends mit ein, die den Vertrauensverlust der Sozialdemokratie auch in NRW begründen. Wir verzichten bewusst darauf, diese als externe Faktoren zu kennzeichnen, denn zum einen ist die NRW SPD der mit Abstand größte Landesverband der Regierungspartei SPD, zum anderen hat die Landespartei die für den Bundestrend maßgebliche Politik der Bundesregierung mitgetragen.

Wir sind mit Peer Steinbrück einig: Nur eine NRW SPD, die jetzt in der Lage ist, ihre eigene Situation offen zu analysieren und kurzfristig die richtigen Konsequenzen zu ziehen, wird wieder zu neuer Stärke finden. Das heißt auch: Eine erneuerte Sozialdemokratie hat alle Chancen, die Mehrheit in NRW zurückzuerobern.

Die NRW SPD muss sich neu aufstellen. Die Nominierung von Jochen Dieckmann als neuer Landesvorsitzender und die Wahl von Hannelore Kraft als neue Fraktionsvorsitzende stellen den ersten Schritt hin zu einer personellen Neuformierung der NRW SPD dar. Sie geben Spielraum für die notwendige strategische Erneuerung der NRW SPD. Die durch den Dreiklang der personellen, programmatischen und organisatorischen Neuformierung begründeten Wechselwirkungen verstärken sich gegenseitig, wenn wir sie mutig gleichermaßen konsequent anpacken. Das Zeitfenster für diese Neuaufstellung ist nicht unendlich groß. Der Juli-Landesparteitag muss hierfür die wesentlichen Eckpunkte

beschließen. Bis zum Februar-Parteitag im kommenden Jahr gilt es, die notwendigen Konsequenzen formuliert und zum Beschluss vorgelegt zu haben. Kernpunkt muss dabei die Entwicklung eines gemeinsamen Arbeitsprogramms von Partei und Fraktion sein.

1. Die Oppositionsrolle offensiv annehmen. Die Politik der NRW SPD muss vom ersten Tag darauf angelegt sein, die bessere Alternative für das Land zu formulieren. Neben einem inhaltlichen Kompetenzteam in der Fraktionsspitze, das in der direkten parlamentarischen und öffentlichen Auseinandersetzung dem Kabinett Rüttgers gegenübertritt, muss die NRW SPD als Partei und Fraktion schnell in der Lage sein, bei im Land strittigen Themen inhaltliche Plattform für alternative Lösungsansätze anzubieten.

Die konkreten Schwerpunkte der Auseinandersetzung im ersten Jahr müssen unmittelbar nach Vorlage der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP festgelegt werden und orientieren sich vor allem an falschen Weichenstellungen für das Land und an den alternativen Lösungsansätzen der SPD. Dabei werden den im Wahlkampf kontrovers diskutierten Politikfeldern Wirtschaft/Strukturwandel, Bildung/Ganztagsschule, Energie sowie Finanzen eine besondere Bedeutung zukommen. Veränderungen und neue Prioritätensetzungen müssen dabei vor dem Hintergrund kommuniziert werden, zu wessen Nutzen und zu wessen Lasten sie geschehen und wo Wahlversprechen abgeräumt werden.

Vieles, was in den letzten Jahren durch die sozialdemokratisch geführte Landesregierung angeschoben worden ist, hat das Land NRW nach vorn gebracht. Zu nennen sind vor allem der Strukturwandel ohne Strukturbruch und die auf eine breite Förderung aller sozialen Schichten angelegte Bildungslandschaft von der Klein(st)kinderbetreuung über die Schulen bis hin zu dem gebührenfreien Erststudium. Zur Oppositionsarbeit muss es von Anfang an gehören, diese Erfolge sozialdemokratischer Politik kommunikativ zu sichern.

Notwendig ist eine kluge und transparente Rollenverteilung zwischen Partei und Fraktion. Die Fraktion hat nur eine Chance, wenn sie ihre Inhalte auch durch die Breite der Partei vor Ort vermittelt. Die Partei ihrerseits würde ohne konkrete politische Initiativen im Landtag zu Recht nach dem Realitätsgehalt ihrer politischen Diskussionen gefragt. Entscheidend wird die gemeinsame Formulierung von Positionen, Konzepten und Botschaften sein.

2. Hier steckt keiner den Kopf in den Sand – Impulse für Berlin. Zu einer erfolgreichen Oppositionsarbeit in NRW gehört auch, dass sich die NRW SPD bundespolitisch wieder eine eigenständige Rolle erarbeitet. NRW ist und bleibt eines der Schlüsselländer. Eine NRW SPD mit bundespolitischem Gewicht wird die CDU-FDP-Regierung in NRW umso besser stellen können, wenn ihre Reformvorschläge auch bundesweit Beachtung finden. So muss auch der tektonischen Verschiebung begegnet werden, dass erstmalig nach der Adenauer-Ära die drei großen deutschen Flächenländer von der CDU regiert werden. Die Voraussetzung dafür ist, dass bundespolitische Diskussionen auch wieder im Landesverband selbst stattfinden. Fernab der notwendigen kurzfristigen organisatorischen Vorbereitung der Kampagne kommt deshalb der aus NRW-Sicht richtigen inhaltlichen Profilierung eine besondere Bedeutung zu. Sie ist entscheidend für die Motivation der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer sowie für die Mobilisierung unserer Anhängerinnen und Anhänger in NRW.

Wir erwarten von der NRW SPD, dass sie sich engagiert in die Positionsfindung im Vorfeld der unmittelbar bevorstehenden Bundestagswahl einschaltet. Im Kern brauchen wir eine **Agenda der Sozialen Balance**, die Perspektiven einer sozial gerechten SPD-Reformpolitik über die Neuwahl des Bundestages im September hinaus aufzeigt. Diese muss getragen sein von einer aktiven Rolle von Staat und Gesellschaft als Partner im Wandel und auch die wichtigen Programmreden von Franz Müntefering zur Gestaltung der Demokratie und zur Kritik an den Auswüchsen des Kapitalismus konkret mit einbeziehen.

Für uns ist dies keine rückwärts gewandte Auseinandersetzung. Es geht vielmehr um die Zurückdrängung eines reinen Geldökonomismus, der Wirtschaften nur auf den schnellen Euro reduziert. Wir brauchen dort eine verstärkte gesellschaftliche Regulierung von marktwirtschaftlichen Prozessen, wo überzogene Renditeinteressen von Hedgefonds Investitionen in die Produktion verhindern oder sogar zur Schließung von Betrieben führen. Die Einschränkung der Macht der Banken über die Wahrnehmung des Depotsstimmrechts wäre hier ein ebenso wichtiges Thema wie die Besteuerung von Aktiengewinnen und die Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand sowie die Tobinsteuer. Ein weiteres zentrales Ziel besteht darin, durch die Belegung der öffentlichen und privaten Investitionen zu Wachstum und zu mehr Beschäftigung zu kommen. Die Sozialdemokratie muss perspektivisch eine konsistente Verbindung von Wirtschafts- und Finanzpolitik formulieren, die Deutschland auf einen höheren Wachstumspfad führt und den weit verbreiteten Investitionsstau im öffentlichen und privaten Bereich auflöst. Folgende konkrete Eckpunkte sind für uns bei der Bestimmung der sozialdemokratischen Position im Bundestagswahlkampf entscheidend:

Ein Programm zur Förderung von mehr Beschäftigung vorlegen!

- Eine offensive Beschäftigungspolitik, wozu insbesondere eine bessere projektbezogene Förderung von Zukunftsinvestitionen, eine Infrastruktur in Finanzinstitutionen und öffentlichen Einrichtungen für die Förderung von Innovationen, gezielte Hilfen für kleine und mittlere Unternehmen sowie eine Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energie und Rohstoffen gehören.
- Wir drängen darauf, dass auf der Grundlage des Monitoringberichts zu Hartz IV schnell die notwendigen Änderungen (u.a. Zumutbarkeit, Beitragsjahre, Anrechnung von Beitragsjahren und doppelte Unterhaltsverpflichtung in neuen Lebensgemeinschaften) vorgenommen werden.
- Eine Offensive für Bildung und Forschung. Wir wollen, dass der Anteil am Bruttoinlandsprodukt auf drei Prozent möglichst bis zum Jahr 2008 erreicht wird.

Sozialen Fortschritt konkretisieren und radikalen Abbauplänen entgegen stellen!

- Wir stehen zur solidarischen Finanzierung des Sozialsystems auch im gesellschaftlichen Wandel. Die solidarische Bürgerversicherung im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung festigt die sozialen Strukturen und verbreitert die Einnahmeseite der sozialen Sicherungssysteme.
- Wir nehmen die neuen sozialen Herausforderungen offensiv an. Durch den weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuung setzen wir die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf fort.

Tarifeinkommen und Arbeitnehmerrechte sichern!

- Auf gleicher Augenhöhe. Tarifautonomie, Kündigungsschutz und betriebliche Mitbestimmung stehen für uns nicht zur Disposition, sondern sind unverzichtbarer Bestandteil einer Erneuerungsstrategie, die auch auf die gewachsenen Kompetenzen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer setzt.
- Wir treten ein für eine Verbesserung der sozialen Schutzmaßnahmen; dazu gehören insbesondere ein handhabbares Antidiskriminierungsgesetz und ein gesetzlicher Mindestlohn durch eine Ausdehnung des Entsendegesetzes.

Die Arbeit für ein offenes liberales Deutschland in einer friedlichen Welt fortsetzen.

- Wir haben in der Koalition bei den Bürgerrechten viel erreicht und Vorschriften sowie Diskriminierungen abgeschafft, die gesellschaftlich längst überholt waren. Die Integrationspolitik haben wir als wichtiges Querschnittsthema erkannt und wollen sie selbstbewusst ausbauen.
- In der Europa- und Friedenspolitik vertreten wir einen selbstbewussten, friedlichen Weg. Wir brauchen eine multilaterale Welt, um Frieden und Gleichgewicht zu schaffen.

Dies alles setzt die Handlungsfähigkeit des Staates und der Kommunen voraus. Einen armen Staat werden sich weiterhin nur die Reichen leisten können. Wir wollen die Steuerschlupflöcher schließen, was bisher von Union und FDP beim Subventionsabbau verhindert wurde. Wir wollen die Steuervorschriften und -regelungen vereinfachen und mehr Steuergerechtigkeit nach dem Grundsatz verwirklichen, dass starke Schultern mehr tragen können als schwache.

3. Kampagnenfähigkeit erlangen – Strukturen reformieren. Die Rückkehr der Politik in die Partei setzt voraus, dass sich die NRW SPD auch nach innen reformiert. Die Mitgliederpartei muss glaubwürdig aufgestellt sein. Wir brauchen neue Räume für den politischen Diskurs und eine Orientierung der Partei auf politisch ausstrahlungsfähige Projekte und Kampagnen. Neben der Fortsetzung der finanziellen Konsolidierung und der Organisationsreform in der hauptamtlichen Struktur braucht die NRW SPD einen politisch-strategischen Entwurf, wie und wozu die Parteiorganisation als lebendiger Organismus da ist. Die inhaltliche Debatte gehört ebenso zur Identität der Sozialdemokratie wie die Bereitschaft, anschließend die vereinbarten Positionen gemeinsam zu vertreten. Hierbei sind alle politischen Ebenen – Kommune, Land, Bund und Europa – gleichermaßen einzubeziehen. Die Stärke von Diskussionen und Kampagnen misst sich auch darin, wie sehr es gelingt sie quer zu den Ebenen zu verankern.

Die Basis liegt in der Partei selbst, die ihre innerparteiliche Debattenkultur und ihre breite Vernetzung in Vorfeldorganisationen, Vereinen, Verbänden und auch Gewerkschaften neu definieren muss. Neue Mitwirkungsmöglichkeiten, das Mitwirken in den Netzen des Alltags und eine verbindliche politische Entscheidungsfindung ergänzen sich sinnvoll.

Es müssen die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Partei ihre Kampagnenfähigkeit wiedererlangen kann. Führungsgremien müssen wieder die Aufgabe politischer Orientierung in die Partei hinein wahrnehmen, statt sich als politischer Aufsichtsrat zu verstehen. Auch die Größe und die Sinnhaftigkeit bestehender Strukturen und Gremien müssen auf ihre politische Effektivität hin überprüft werden. Hierbei mag die zweite Stufe der Strukturreform des Juso-Landesverbandes als Vorbild dienen. Es muss deutlicher werden, welchen inhaltlichen Beitrag die einzelnen Strukturen liefern können und wollen, über die Verabschiedung von Personalvorschlägen hinaus. Politische Kommunikation muss dabei aus dem Schattendasein der technizistischen Sicherstellung von Daten- und Informationsflüssen herausgeführt werden. Kern einer neuen kommunikativen Aufstellung der NRW SPD muss die Frage der politischen Besetzung von Themen, die Organisation von öffentlich wirkungsvollen Debatten und die Formulierung von politischen Botschaften vor dem Hintergrund der Medienlandschaft in NRW sein.

4. NRW 2020 – Der politischen Debatte Richtung geben. Parallel zur tagespolitischen Auseinandersetzung mit der Regierung Rüttgers brauchen wir eine mittelfristige Antwort auf die Veränderungen unserer Zeit. Der ökonomische Strukturwandel, der Weg in die Wissensgesellschaft wie auch der soziale und demografische Wandel müssen die Sozialdemokratie in ihrem Gestaltungsanspruch herausfordern. Wir müssen neue Zeiten denken.

Die NRW SPD muss daher das politische Zukunftsprojekt "NRW 2020" formulieren. Wir können unsere Politik für die laufende Legislaturperiode und für die nächste Landtagswahl nur sinnvoll, glaubwürdig und überzeugend gestalten, wenn wir schon heute die politischen Zielsetzungen und Visionen der nächsten Generation ernsthaft berücksichtigen.

Nur ein früher Beginn der notwendigen Diskussionen sichert den notwendigen Freiraum von kurzfristigen wahltaktischen Überlegungen. Nur so lassen sich ausstrahlungskräftige Projekte für die nächste Legislatur entwickeln. Gerade in der Partei umstrittene und ungeklärte Fragen, wie z.B. die Überführung des dreigliedrigen Schulsystems in ein integratives Modell, bedürfen einer Klärung in der ersten Hälfte der Wahlperiode und dürfen nicht bis kurz vor der Landtagswahl 2010 verschleppt werden.

Sozialdemokratie der nächsten Generation. Eng verknüpft mit der skizzierten Neuorientierung von Inhalten und Strategien muss die NRW SPD die Kraft haben, einen Generationswechsel zu organisieren. Für alle politischen Ebenen gilt eines: Die Trägerinnen und Träger der Erneuerung müssen bei der Kursbestimmung verantwortungsvoll eingebunden werden. Sie müssen die Chance bekommen, ihren eigenen Zukunftsentwurf einzubringen.

Bei der Rekrutierung des politischen Personals müssen Talent und eigene Leistung zu den ausschlaggebenden Kriterien werden, nicht die regionale Herkunft. Durch Qualifizierung und Förderung – insbesondere aber durch die Motivation von weiblichen Parteimitgliedern – müssen wir beste Voraussetzungen für eine schlagkräftige neue Generation schaffen. Die junge SPD-Generation ist gefordert, die unterschiedlichen programmatischen und strategischen Positionierungen produktiv zu nutzen. Die Sozialdemokratie der nächsten Generation wird ihre Stärke an der Fähigkeit messen lassen müssen, ob sie eine strukturell mehrheitsfähige Aufstellung der NRW SPD entwickeln kann.

Erstunterzeichner/innen:

Inge Albrecht-Winterhoff (AsF Regionalvorsitzende WW, Dortmund); **Matthias Albrecht** (Landesvorsitzender ASG NRW, Dortmund); **Ingrid Arndt-Brauer MdB** (Horstmar); **Alexander Bercht** (Juso-Landesvorsitzender NRW, Münster); **Dr. Gerd Bollermann MdL** (Dortmund); **Marco Bülow MdB** (Dortmund); **Christoph Dolle** (Regionalvorstand OWL, Warburg); **Frank Freimuth** (Wuppertal); **Helga Gießelmann MdL** (Unterbezirkvorsitzende Bielefeld); **Julia Henke** (stv. Unterbezirkvorsitzende Bochum); **Marc Herter** (Landesvorstand NRW, Ratsfraktionsvorsitzender Hamm); **Wolfgang Jörg MdL** (stv. Unterbezirkvorsitzender Hagen); **Michael Jung** (Regionalvorstand WW, stv. Unterbezirkvorsitzender Münster); **Oliver Kaczmarek** (stv. Unterbezirkvorsitzender Unna, Kamen); **Ulrich Kelber MdB** (Unterbezirkvorsitzender Bonn); **Barbara König** (Unterbezirkvorstand, stv. Ratsfraktionsvorsitzende Bonn); **Gerhard Kompe** (NRW-Landesvorsitzender 60plus, Dortmund); **Elisabeth Koschorreck MdL** (Landesvorstand NRW, Düren); **Ralf-Thomas Krüger** (Düsseldorf); **Kay Kürschner** (Regionalvorstand WW, Altena); **Britta Lenz** (Düsseldorf); **Ralf-Dieter Lenz** (Unterbezirkvorsitzender Hamm); **Verena Marzinkewitz** (stv. Unterbezirkvorsitzende Münster); **Dietmar Nietan MdB** (Unterbezirkvorsitzender Düren); **Jutta Pfingsten** (Landesvorstand NRW, Bottrop); **Katja Pohl** (Unterbezirkvorstand Hamm); **Ernst-Wilhelm Rahe** (Landesvorstand NRW, Hüllhorst); **Rene Röspel MdB** (Hagen); **Reinhold Rünker** (Unterbezirkvorstand Rhein-Berg, Leichlingen); **Olaf Schade** (stv. Kreistagsfraktionsvorsitzender Ennepe-Ruhr, Hattingen); **Karl Schultheis MdL** (stv. Landesvorsitzender NRW, Aachen); **Svenja Schulze MdL** (Münster); **Frank Schwabe** (Regionalvorstand WW, Bundesparteirat, Castrop Rauxel); **Monika Simshäuser** (Landesvorstand NRW, Hamm); **Christoph Strässer MdB** (Unterbezirkvorsitzender Münster); **Hendrik Vial** (stv. Unterbezirkvorsitzender Märkischer Kreis, Nachrodt-Wiblingwerde); **Claudia Walther** (Aachen)

Kontakt:

*Marc Herter; c/o SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hamm; Th.-Heuss-Pl. 14; 59065 Hamm
fon: (0 23 81) 9 24 25 21; fax: (0 23 81) 9 24 25 45; mail: marc.herter@hammspd.de*